



«Wir sind an einen Tisch gesessen, haben Unterlagen studiert, haben geschaut, was machbar ist», sagt Markus Baumann, der Präsident des Solothurnischen Gewerkschaftsbundes und SP-Kantonsrat (links). Josef Maushart, Unternehmer und Kantonsrat der CVP (rechts) ergänzt: «Es ging in unseren Gesprächen nicht darum, irgendwelche Kröten zu schlucken.»

«Es darf nicht sein, dass diese Vorlage am Unwissen der Leute scheitert.»

«Wir haben etwas gemacht, was für einige ungewöhnlich ist», sagt der Präsident des Solothurnischen Gewerkschaftsbundes und SP-Kantonsrat Markus Baumann. Zusammen mit zwei weiteren Arbeitnehmervertretern und einer Arbeitnehmervertreterin sowie je vier Delegierten aus der Wirtschaft, dem Kanton und den Gemeinden wirkte er in jener Begleitgruppe mit, welche zuhanden der Regierung Empfehlungen zur Umsetzung der Steuervorlage 17 auf kantonaler Ebene verabschiedete. In der Öffentlichkeit wurden diese als «historischer Kompromiss» bezeichnet. Dass Gewerkschafter und Arbeitgeber dasselbe Ziel anvisieren, wenn es um Steuern geht, ist keine Selbstverständlichkeit. Wirtschaftsflash hat Baumann deshalb zusammen mit dem Unternehmer und CVP-Kantonsrat Josef Maushart zum Gespräch eingeladen. Die zwei Sozialpartner teilen eine Sorge: «Es darf nicht sein, dass diese Vorlage am Unwissen der Leute scheitert.» Dementsprechend befürworten sie eine breit angelegte Diskussion zur SV17 und versprechen, sich selbst aktiv und mit Herzblut in die Debatte einzubringen.



Aber Sie beide mussten Zugeständnisse machen. Sie, Josef Maushart, als Unternehmer und Arbeitgeber mit zusätzlichen Leistungen im Familien- und Sozialbereich, welche auch finanziert werden müssen. Sie, Markus Baumann, als Gewerkschaftsvertreter und SP-Mitglied mit Ihrem Ja zu einer Tiefsteuerstrategie?

Markus Baumann: Kröten schlucken – das ist immer so eine Geschichte. Es war nicht so historisch, was wir da gemacht haben. Wir sind an einen Tisch gesessen, haben Unterlagen studiert, haben geschaut, was machbar ist. Auf allen Seiten gab es rote Linien und Wunschvorstellungen. In einer solchen Situation muss sich jeder bewegen. Josef hat bereits erklärt, welches Ziel im Vordergrund stand. Uns war es überdies ein Anliegen, tiefe sowie mittlere Einkommen steuerlich zu entlasten und Familien zu stärken. Und gleichzeitig jene Unternehmen, die aufgrund der internationalen Steuervorgaben teils massiv unter Druck geraten werden, bei uns zu behalten. Gelingt uns das nicht, werden alle Seiten verlieren.

«Auf allen Seiten gab es rote Linien und Wunschvorstellungen. In einer solchen Situation muss sich jeder bewegen.»

Markus Baumann

Sie sprechen ein Problem an, das vielen Leuten so nicht bewusst ist.

Josef Maushart: Egal, auf welcher Höhe dieser Gewinnsteuersatz im Kanton Solothurn schlussendlich festgelegt wird – auch eine Quote von 12,9 Prozentpunkten hat für rund zwei Dutzend Unternehmungen mit Sitz im Kanton Solothurn eine Steuererhöhung von rund 30 Prozent zur Folge. Die entsprechenden Firmenleitungen werden sich innerhalb ihrer Konzernstrukturen rechtfertigen müssen. Bei einer signifikant höheren Steuerbelastung zusätzlich zu hohen Lohnkosten droht Abwanderungsgefahr. Haben diese Firmen ihren Steuersitz einmal verlegt, besteht mittelfristig die Gefahr, dass wir sie auch als Arbeitgeber verlieren. Auf der andern Seite erhoffe ich mir durch eine attraktive Unternehmensbesteuerung, Impulse auslösen zu können. Ich bin sicher, dass Unternehmen bei einem proaktiven Steuersatz von 12,9 Prozent auch Teile ihrer Aktivitäten aus andern Kantonen hierher nach Solothurn verlegen werden.

«Auch eine Quote von 12,9 Prozentpunkten hat für rund zwei Dutzend Unternehmungen mit Sitz im Kanton Solothurn eine Steuererhöhung von rund 30 Prozent zur Folge.»

Josef Maushart

Die Empfehlungen der Begleitgruppe zur Steuervorlage 17 sind öffentlich als «historischer Kompromiss» bezeichnet worden. Sie haben in dieser Begleitgruppe mitgearbeitet. Wer von Ihnen musste auf dem Weg zur Einigung die grösseren Kröten schlucken?

Josef Maushart: Unser Auftrag ist, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten. Unser Auftrag ist auch, Arbeitsplätze, welche durch den Strukturwandel wegfallen, durch neue zu ersetzen. Für den Kanton und die Gemeinden muss das Projekt SV17 kurzfristig finanzierbar sein und sich langfristig als erfolgversprechende Strategie erweisen. Genau diese Bedingungen erfüllt unser Kompromiss. Es ging in unseren Gesprächen nicht darum, irgendwelche Kröten zu schlucken. Es ging darum, das Machbare auszuloten mit dem Ziel, die solothurnische Wirtschaft zu stärken. Das vor allem mit Blick auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Warum braucht der Kanton Solothurn eine Vorwärtsstrategie mit einer signifikanten Senkung des Unternehmenssteuer-Gewinnsatzes auf 12,9 Prozentpunkte?

Josef Maushart: Rund zwei Dutzend Firmen mit Sitz im Kanton Solothurn sind heute sogenannten privilegiert besteuert. Sie werden auf dem Gewinn aus ihren internationalen Aktivitäten mit einer Bundessteuer von 8,5 Prozentpunkten belastet. Kantonal profitieren sie von einer Steuerbefreiung. Deshalb macht das Ausland Druck auf die Schweiz. Mit dem Wegfall der aktuell gültigen Steuerregelung wird die Belastung der erwähnten internationalen Unternehmungen massiv erhöht. Selbst bei einem Gewinnsteuersatz von 12,9 Prozent wird ihre Steuerlast um 30 Prozent ansteigen. Das ist gewaltig. Man muss es einfach zur Kenntnis nehmen: Alle diese Firmen haben Möglichkeiten, in günstigere Steuerdomizile auszuweichen.

Ja, aber brauchen wir denn so viel Wachstum?

Josef Maushart: Doch, so viel Wachstum brauchen wir, denn es werden uns im Zuge des beschleunigten Strukturwandels schwächere Industriezweige verloren gehen. Wir werden nicht alles Bisherige halten können. Deshalb müssen wir für die starken Firmen so attraktiv sein, dass diese ihre Investitionen bevorzugt hier im Kanton Solothurn tätigen.

Markus Baumann: Solothurn hat wenige grosse Firmen, welche im Kanton Solothurn wirklich ansässig sind. Viele Firmen werden aus dem Ausland gelenkt. Die Stahl Gerlafingen AG beispielsweise ist ein Teil der italienischen Beltrame-Gruppe, die Synthes gehört der amerikanischen Johnson & Johnson, Breitling gehört neu einem englischen Konzern an und es gäbe an dieser Stelle noch viele andere aufzuzählen. Diese Tatsachen müssen wir einfach akzeptieren.

Die Gesprächspartner



Markus Baumann, geboren am 4. April 1964, wohnhaft in Derendingen, ist Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Solothurn. Seit 2014 hat er als SP-Mitglied Einsitz im Kantonsrat.



Josef Maushart, geboren am 22. Februar 1965, wohnhaft in Solothurn, ist VR-Präsident und CEO der Fraisa Gruppe sowie Präsident des Industrieverbandes Solothurn und Umgebung INVESO. 2017 wurde er als CVP-Mitglied in den Kantonsrat gewählt.

In diesem Zusammenhang kann ich mir einen Seitenhieb an die Adresse unserer Wirtschaftsförderung nicht verkneifen: Unsere Wirtschaftsförderung lockt mit grosszügigen Angeboten Firmen aus dem Ausland an. Die Öffentlichkeit weiss nicht so genau, mit welchen Vergünstigungen das geschieht. Niemand hinterfragt ihre Entgegenkommen und die finanziellen Konsequenzen daraus. Für Neuansiedlungen nimmt man relativ viel Geld in die Finger. Sobald ihre Privilegien ausgelaufen sind, verschwinden einzelne Firmen wieder aus dem Kanton Solothurn. Firmen, welche schon seit Jahren hier tätig sind, kommen kaum zum Handkuss. Mit der Umsetzung der Steuervorlage 17 schaffen wir eine einheitliche, für alle faire Basis: Die einen bezahlen etwas mehr, die ändern etwas weniger Unternehmensgewinnsteuern. Das ist zu verkraften, wenn wir gleichzeitig auch für die werktätige Bevölkerung etwas tun.

«Mit der Umsetzung der Steuervorlage 17 schaffen wir eine einheitliche, für alle faire Basis.»

Markus Baumann

Angenommen, der Regierungsrat geht nicht auf Ihre Forderung nach einem Gewinnsteuersatz von 12,9 Prozent ein: Wo sehen Sie die Schmerzgrenze, damit Sie seinen Gesetzesentwurf zuhänden des Kantonsrats noch unterstützen können?

Josef Maushart: Wir haben keine Forderung gestellt, sondern als Gruppe einen sinnvollen Vorschlag gemacht. Einen Vorschlag, der uns wirklich austariert zu sein scheint. Den Satz von 12,9 Prozent vertreten wir in der Überzeugung, den Wirtschaftsstandort Kanton Solothurn langfristig zu stärken und nicht zu schwächen. An dieser Stelle muss ich auch betonen: Dieser «historische Kompromiss» besteht aus etwa 20 bis 25 Einzelteilen. Es wäre vollkommen absurd, würde man sich jetzt an einer einzigen Zahl aus diesem Paket orientieren. Die Regierung hat jetzt die Frage zu beantworten, was auf die nächsten Jahre hinaus auch wirtschaftlich verkraftbar ist. Sie muss die Rechnung dazu erstellen. Wir in der Begleitgruppe SV17 glauben, dass unser Weg auch aufgrund der von uns anvisierten starken Gegenfinanzierung gangbar ist. Insgesamt werden aus Beiträgen der Wirtschaft und im Rahmen einer höheren Vermögenssteuer ja rund 50 Millionen Franken jährlich aufgebracht.

Sie haben die Frage nicht beantwortet. Sind die erwähnten 12,9 Prozent verhandelbar?

Josef Maushart: Diese 12,9 Prozentpunkte entsprechen aus der Sicht der Wirtschaft einer Linie, bei der wir glauben, dass wir den Verbleib der grossen Unternehmungen und wichtigen Arbeitgeber bei uns tatsächlich sichern können. Es gibt klare Aussagen: Sollte dieser Satz über 13 Prozentpunkte hinausgehen, wird es für die betroffenen Firmenleitungen schwierig werden, ihren Standort im Kanton Solothurn in den internationalen

Konzernen verteidigen zu können. Wir befinden uns also an einer eher kritischen Grenze.

Markus Baumann: Hätte man uns in der Begleitgruppe die Frage so gestellt, wäre es nie zu einer Einigung gekommen. Für uns stand mehr im Vordergrund. Hüben wie drüben hat man alles angeschaut und sich gesagt, das ganze Paket muss stimmen. Es kann nicht eine einzelne Komponente daraus erheblich sein. Unser Anspruch war, einen Denkanstoss zu geben: Das ist die Meinung der Wirtschaft. Wir Arbeitnehmer zählen uns auch zur Wirtschaft. Wenn die Regierung ein anderes Konzept vorlegt, muss man wieder über die Bücher gehen. Für die Unternehmenseite wird der Gewinnsteuersatz ein zentrales Thema sein, für uns wird ohne flankierende Massnahmen nichts zu machen sein. Punkt.

«Wichtig ist, dass nicht plötzlich ein Gewerbler die Zeche über Lohnzuschläge bezahlen muss.»

Josef Maushart

Josef Maushart: Im gesamten Paket gibt es noch gewisse Unbekannte. Wir wissen nicht, was auf Bundesebene kommen wird. Wir haben einen Kompromiss geschmiedet, der mir kreativ und innovativ zu sein scheint. Einen Kompromiss auch, bei welchem genau jene Firmen, welche von Steuersenkungen profitieren, die flankierenden Massnahmen massgeblich finanzieren werden. Wichtig ist, dass nicht plötzlich ein Gewerbler die Zeche über Lohnzuschläge bezahlen muss.

Markus Baumann: Genau das ist das Intelligente an unserem Solothurner Kompromiss. Wenn es einen Verlust gibt, darf dieser nicht auf den Mittelstand abgewälzt werden. Es darf nicht sein, dass ein Gewerbebetrieb via höhere FAK-Beiträge zum Handkuss gebeten wird, obwohl er punkto Steuern eigentlich gar nicht entlastet wird.

Auch nicht über eine höhere Besteuerung der Dividenden.

Markus Baumann: Auch das nicht.

Die Wirtschaft fordert, dass die Dividenden nicht über das Bundesminimum von 70 Prozent hinaus besteuert werden.



«Für Gewerkschaften und Arbeitgeber gehört es zum Tagesgeschäft, Kompromisse auszuhandeln. Das hat auch hier funktioniert.» Die beiden Sozialpartner Markus Baumann und Josef Maushart stellten sich den Fragen von Wirtschaftsflash-Geschäftsführer Paul Meier (links).

Markus Baumann: Auch hier haben wir uns in der Begleitgruppe gefunden. Wir sind bei 70 Prozent.

Eine höhere Dividendenbesteuerung würde genau inhabergeführte Unternehmungen treffen.

Josef Maushart: Es gibt hier drei Zahlen, welche miteinander in Relation zu betrachten sind: Der Gewinnsteuersatz, der Steuersatz für die Dividendenbesteuerung sowie die Vermögenssteuer. Diese drei Ansätze muss der Unternehmer miteinander berechnen, wenn er herausfinden will, was die anstehende Reform für ihn bedeutet. Wenn die Regierung der Meinung ist, die Vermögen tiefer zu besteuern, dann ist unter Umständen auch über eine Dividendenbesteuerung von 75 Prozent zu reden. Wenn sie sowohl eine höhere Besteuerung der Vermögen als auch der Dividenden will, wird sie einen grossen Widerstand zu gewärtigen haben.

«Ich bin und bleibe ein gestandenes SP-Mitglied.»

Markus Baumann

Herr Baumann, Ihre Partei, die SP, schreibt, die Ausfälle, die mit der Tiefsteuerstrategie allein schon bis 2025 provoziert würden, seien unverantwortbar und für den Kanton schlicht nicht tragbar. Die vier Vertreter der Arbeitnehmerschaft in der Begleitgruppe zur SV17 sind ausnahmslos SP-Mitglieder. Sie haben dem bereits erwähnten

«Historischen Kompromiss» zugestimmt. Wer von Ihnen hat jetzt ein Problem?

Markus Baumann: Niemand. Ich bin und bleibe ein gestandenes SP-Mitglied. In der Begleitgruppe SV17 waren wir als Gewerkschafter und nicht als Partei-Delegierte vertreten. Ich stehe dazu, wir haben etwas gemacht, das ungewöhnlich ist. Das aber gehört zum Handwerk von Gewerkschaftern: An einen Tisch sitzen, verhandeln und eine Lösung bringen. Dass das so funktioniert, ist man sich auf dem politischen Parkett nicht so recht gewohnt. Natürlich kann man jedes Resultat interpretieren. Ist es gescheit oder nicht? Geht man von einer rein statischen Betrachtung aus, dann ist es so: Jawohl, das Eigenkapital des Kantons wäre innert vier Jahren aufgebraucht und wir hätten grosse finanzielle Probleme. Das soll es nicht sein, im Gegenteil. Wir haben uns in unserem Gremium unter anderem mit kompetenter externer Unterstützung darauf konzentriert, ein dynamisches Modell zu entwickeln und über einen Horizont von vier Jahren hinaus zu sehen. Jetzt liegt es an uns, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, gemeinsam Überzeugungsarbeit zu leisten.

Josef Maushart: Ich kann nur unterstreichen, was Markus gesagt hat. Es werden effektiv etwa 20 Prozent aller Juristischen Personen und die Natürlichen Personen mit einem steuerbaren Vermögen von mehr als einer Million Franken sein, welche eine höhere Steuerlast zu schultern haben werden. Jene 50 Millionen Franken, von welchen

wir reden, werden also von einem relativ kleinen Kreis von Firmen und Privatpersonen aufzubringen sein. Nochmals: Wir haben eine Symmetrie gefunden, mit der wir den Wirtschaftsstandort stärken werden. Bei 325 Millionen Franken, die der Kanton Solothurn schon jetzt aus dem Finanzausgleich des Bundes braucht, fehlen uns die Spielräume, um unsere eigene wirtschaftliche Kraft weiter absinken zu lassen.

Das heisst: Mehr unternehmerisches Denken ist auch auf der Ebene der Politik zwingend?

Josef Maushart: Ja klar. Hier erkennt man den Wert der Begleitgruppe SV17, in welchen Gewerkschaften und Arbeitgeber und nicht politische Parteien am Tisch sassen. Für Gewerkschaften und Arbeitgeber gehört es zum Tagesgeschäft, Kompromisse auszuhandeln. Das hat auch hier funktioniert.

Bei einer Medienkonferenz haben die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer betont, dass sie in den Verhandlungen rote Linien überschritten haben. Für die Arbeitgeber ist das die Vermögenssteuer und

Anzeige


inlingua[®]
Sprachen ändern das Leben

für die Arbeitnehmer ein Steuersatz unter 13 Prozent. Ist das korrekt?

Markus Baumann: Das ist korrekt. Wichtig ist: Wir haben die Öffentlichkeit sehr früh informiert. Das hat nicht allen Leuten gefallen, auch der Regierung nicht. Ich denke aber, wir haben das Richtige getan. Die Unternehmenssteuerreform III ist nämlich auch an der ganz schlechten Kommunikation gescheitert. Wenn die Diskussion jetzt nicht rechtzeitig ausgelöst wird, kann das Gleiche nochmals passieren.

Josef Maushart: Wir sind überzeugt, dass es richtig war, unseren Vorschlag zu einem frühen Zeitpunkt auf den Tisch zu legen. Es braucht ausreichend Zeit, diesen zu diskutieren und richtig zu verstehen. Die bisherige Berichterstattung in Medien war praktisch auf eine Zahl fokussiert, nämlich auf den Gewinnsteuersatz von 12,9 Prozent. Diese Zahl allein ist nicht entscheidend, sondern das Gesamtpaket aller Zahlen.

«Nur Millionäre werden etwas mehr zur Kasse gebeten. Das erscheint vertretbar.»

Josef Maushart

Im Sinne von mehreren Massnahmen zur Gegenfinanzierung der aus einer tieferen Unternehmenssteuer zu erwartenden Mindereinnahmen schlägt die Begleitgruppe eine Erhöhung der Vermögenssteuer vor. Sie sind also bereit, einen der wenigen steuerlichen Standortvorteile des Kantons Solothurn zu opfern?

Josef Maushart: Die Höhe der Vermögenssteuer wird auch nach einer möglichen Umsetzung unseres Konzepts ein Standortvorteil bleiben. Der Kanton Solothurn ist als Nummer vier im interkantonalen Vergleich ausserordentlich attraktiv. Er wird einen Platz im vorderen Drittel behalten. Wir liegen aktuell, Kanton und Gemeinden zusammen, bei einer Besteuerung von 2,2 Promille. Der schweizerische Medianwert liegt bei 4,2 Promille. Mit unserem Vorschlag wird man steuerbare Vermögen ab einer Million Franken höher belasten. Plakativ gesagt: Nur Millionäre werden etwas mehr zur Kasse gebeten. Das erscheint vertretbar. In vielen Fällen sind die hohen Vermögen unternehmensbezogen. Wenn es gelingt, die Unternehmenssteuern zu reduzieren, werden diese Vermögen ausgleichend gestärkt.

Es bleibt also beim Prinzip: Wer auf der einen Seite von der Steuerreform 17 profitiert, muss auf der andern Seite auch bereit sein, eine zusätzliche Belastung mitzutragen.

«Der Kanton Solothurn ist, ausser bei den Unternehmungen, nicht gerade dafür bekannt, Vorreiterrollen zu spielen.»

Markus Baumann

Markus Baumann: Ich teile diese Überlegungen. Sie sind durchdacht und mutig. Manchmal braucht es auch etwas Mut, um weiterzukommen. Der Kanton Solothurn ist, ausser bei den Unternehmungen, nicht gerade dafür bekannt, Vorreiterrollen zu spielen. Man orientiert sich zu gerne am Solothurner Lied: «S'isch immer so gsi.»

Zu reden gibt auf kantonaler Ebene der Antrag auf eine vollständige Ausfinanzierung der Gemeinden. Der Kanton soll den auf 60,9 Millionen Franken geschätzten Minderertrag der Gemeinden in ganzem Umfang übernehmen. Besteht bei einem solchen Modell nicht die Gefahr, dass man sich auf Stolpersteinen bewegt?

Markus Baumann: Ich habe mir diese Sache lange überlegt. Der Kanton ist bezüglich Reserven eher schlank aufgestellt, bei ein paar Gemeinden sind Fettpölsterchen vorhanden. Man ist also geneigt zu sagen, diese Gemeinden sollen ihren Teil zur Finanzierung der Steuerreform beitragen. Mit einer solchen Forderung liegt man aber falsch. Nehmen wir den Vergleich zwischen Feldbrunnen und Zuchwil. Feldbrunnen ist eine Gemeinde, welche von der Unternehmenssteuerreform kaum betroffen sein wird. Zuchwil dagegen wird aufgrund ihres Industrie-Anteils ein grösseres Problem erhalten. Da wird es Ausfälle geben. Die Vergangenheit hat gezeigt: Unter den Gemeinden spielt die Solidarität nicht. Deshalb braucht es eine Art «Kassenwart», der mit eigenen Mitteln für einen Ausgleich besorgt sein muss. Eine solche Funktion kann einzig und allein der Kanton ausüben.

Josef Maushart: Der Aspekt, dass hier der Kanton eine wesentliche Ausgleichsfunktion übernehmen muss, war von Anfang an unbestritten. Das war auch

bei der USR III so angedacht, kommunikativ ist dies aber nicht zum Tragen gekommen. Mit unserem Modell kann eine Gemeinde, wenn sie das für richtig hält, für die Besteuerung des Unternehmensgewinns einen höheren Satz festlegen. Selbstverständlich werden die Gemeinden auch von höheren Erträgen aus der Vermögenssteuer profitieren. Damit ist unklar, ob die Ertragsausfälle in den Gemeinden auch so eintreffen werden, wie sie vom Kanton berechnet wurden. Sicher werden die Gemeinden insgesamt aus der Übung keinen Gewinn erzielen.

«Das Thema ist so elementar wichtig für unseren Kanton und seine Zukunftsfähigkeit. Deshalb muss es uns gelingen, Sachinteressen vor Parteiinteressen zu stellen.»

Josef Maushart

Das Thema «Steuervorlage 17» wird in den nächsten Wochen im Kanton Solothurn erst richtig lanciert werden. Welche Art von Diskussion erwarten Sie, Herr Baumann und Herr Maushart?

Markus Baumann: Ich hoffe auf eine breit angelegte Diskussion. Im Nachgang zu unserer Medienkonferenz von anfangs März gab es praktisch keine einzelnen Leserbriefe, dafür ein umso grösseres Säbelrasseln aus einzelnen Parteien. So gesehen, gibt es ein Informationsdefizit. Was ich nicht weiss, stimmt mich skeptisch. Es darf aber nicht sein, dass diese Vorlage am Unwissen der Leute scheitert.

Josef Maushart: Der politische Prozess beginnt erst jetzt. Wie dieser Prozess verläuft, wird entscheidend sein. Alle Leute, welche in der Begleitgruppe SV17 mitgearbeitet haben, werden alles Denkbare dazu beitragen, dass die Diskussion sachlich abläuft und nicht ideologisch gefärbt sein wird. Das ist mein Appell an alle Beteiligten. Das Thema ist so elementar wichtig für unseren Kanton und seine Zukunftsfähigkeit. Deshalb muss es uns gelingen, Sachinteressen vor Parteiinteressen zu stellen. Nun besteht unsere Hauptaufgabe darin, die Komplexität, aber auch die innovative Kraft des Kompromisses SV17 zu erklären und Mehrheiten dafür zu gewinnen.